



An so genannten Hotspots will die EU Flüchtlinge registrieren und verteilen, um so die Krise in den Griff bekommen. Ein Lokalausweis auf der Insel Lesbos lässt befürchten: Das Konzept ist zum Scheitern verurteilt, bevor noch ernsthaft mit seiner Umsetzung begonnen wurde.

REGISTRIERUNGSZENTRUM MORIA
Wartende vor dem Eingang. Wenn die Einlassnummer auf einer der Tafeln angepinnt ist, dürfen sie hinein.

DER DSCHUNGEL IM OLIVENHAIN

Mujtaba steht vor den meterhohen Zäunen einer ehemaligen Haftanstalt und träumt davon, endlich eingelassen zu werden. Der junge Afghane hat die Hände in die Hosentaschen gesteckt, um sie warmzuhalten und blickt sehnsüchtig durch das Gitter. Neben ihm stemmt sich ein Mann an einer Sperrwand hoch und versucht, über den Stacheldraht zu klettern. Es ist eine verkehrtes

TEXT: FRANZISKA TSCHINDERLE
FOTOS: MARTIN VALENTIN FUCHS

Bild: Menschen in Freiheit wollen in ein Gefängnis einbrechen.

Die Polizisten reagieren sofort und drängen die aufgebrachte Menge mit Schildern und Schlagstöcken zurück. Sie tragen Helme mit Gesichtsvisionen und dicke Uniformen. Mujtaba hat nur eine dünne Jacke und eine Mütze auf dem Kopf. Er zieht sich lieber in den angrenzenden Olivenhain zurück, wo

in der Nacht hunderte Lagerfeuer brennen. Dort erstreckt sich ein wildes Camp über mehrere Hügel. Von einer Erhöhung aus sieht man das Meer und den Hafen mit seinen vielen Lichtern glitzern: Im Osten liegt die Küste der Türkei, im Süden der griechische Golf von Gera.

Das kleine Dorf Moria auf der griechischen Insel Lesbos: Hier versucht die EU gerade, eine Idee zu re-▶



RUND UM MORIA
Es fehlt an den elementarsten Dingen der Grundversorgung. Rechts: Eine Baracke, die als öffentliche Toilette genutzt wird

alisieren, die im September aus der Not der Flüchtlingskrise geboren wurde. Das ehemalige Gefängnis, vor dessen Toren Mujtaba wartet, ist längst keine Haftanstalt mehr, sondern Griechenlands erster EU-Hotspot und dient seit Oktober als Registrierungs-Zentrum.

Um den Andrang zu kanalisieren, wurde beschlossen, in Griechenland und Italien bis Ende November elf derartige Hotspots einzurichten. Im Schnellverfahren soll dort auch entschieden werden, wer Anspruch auf Asyl hat. Ist das der Fall, werden die Akzeptierten einem EU-Land zugewiesen. Andernfalls erfolgt die Abschiebung. ►

Die Theorie der Hotspots

„Der politische Beschluss war schnell da. Aber die Beamtenebene ist träge und bürokratisch“
EU-Diplomat



Bisher verlief das Asylverfahren in Europa so: Laut Dublin-Verordnung müssen Flüchtlinge im ersten Land, in dem sie EU-Boden betreten, Asyl beantragen – was besonders häufig an den EU-Außengrenzen geschieht. Das sollte sicherstellen, dass ein Antrag innerhalb der EU nur einmal geprüft werden muss. Deutschland hatte im August beschlossen, dieses Verfahren für Syrer vorübergehend auszusetzen. Vergangene Woche kündigte die Regierung in Berlin an, es künftig wieder anzuwenden. Vor allem in Italien, Griechenland oder Ungarn wurde Dublin

schon länger ignoriert; seit der Flüchtlingskrise registrieren viele Länder – auch Österreich – nicht mehr ordnungsgemäß.

Durch die im September beschlossene Erstregistrierung in den sogenannten Hotspots an den EU-Außengrenzen will Brüssel nun vermeiden, dass Flüchtlinge unkontrolliert in andere Länder weiterziehen. In den Hotspots können sie zwar Präferenzen angeben, sich aber nicht den Staat aussuchen, der sie aufnimmt. Die Aufteilung der Flüchtlinge erfolgt nach einer Quote, die vorschreibt, welche Mitgliedsstaaten wie viele

Menschen aufzunehmen haben. Dagegen wehrt sich allerdings eine Reihe von Ländern.

Weigern sich die Flüchtlinge hingegen, in dem für sie vorgesehenen Zielort Asyl zu beantragen, können sie ihr Glück woanders versuchen. Haben sie dort allerdings keinen Erfolg, werden die Asylsuchenden direkt in ihr Herkunftsland abgeschoben – so weit die Theorie.

Für die Organisation der Hotspots sind die griechischen Behörden zuständig, wobei sie Unterstützung erhalten von der Europäischen Asylagentur EA-SO (für die Registrierung und

für Asylverfahren), der Grenzschutzagentur Frontex (für Abschiebungen) und (für die Bekämpfung von Schlepper-Netzwerken) dem Europäischen Polizeiamt (Europol) und der EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust). Frontex ist mit 54 Mitgliedern vertreten, EASO verfügt über fünf Mitarbeiter vor Ort (eine Person von der Agentur sowie fünf weitere Experten aus den EU-Mitgliedsstaaten). Im Oktober kündigte Österreichs Kanzler Werner Faymann nach einem Kurzbesuch auf Lesbos an, 100 Experten entsenden zu wollen.

Von Inseln und Routen

Der Hotspot von Lesbos befindet sich in der Nähe des Dorfes Mória wenige Kilometer nördlich der Inselhauptstadt Mytilini. Auf den griechischen Inseln der Ostägäis sind in diesem Jahr laut der Internationalen Organisation für Migration bereits mehr als 473 000 Flüchtlinge angekommen. Die meisten zogen über das griechische Festland nach Westeuropa weiter. 17 österreichische Beamte sind derzeit auf den griechischen Inseln im Einsatz, sechs davon auf Lesbos.

Soweit die Theorie.

Die Realität sieht anders aus. Von den geplanten elf Hotspots existieren bislang lediglich zwei. Einer hier in Moria, ein zweiter auf der italienische Insel Lampedusa. Zumindest jener in Griechenland funktioniert in der Praxis nicht, wie ein Lokalaugenschein zeigt. Das Konzept droht zu scheitern, bevor noch ernsthaft mit seiner Umsetzung begonnen wurde.

Der Hotspot von Moria besteht lediglich aus einer Ansammlung von Containern auf einer Fläche von weniger als einem halben Fußballfeld. Wo früher Häftlinge festhalten wurden, werden heute Neuankömmlingen zur Registrierung die Fingerabdrücke abgenommen. Anerkannte Flüchtlinge bekommen ein Dokument, das es erlaubt, legal ein Fährenticket nach Athen zu kaufen. Viel mehr passiert hier nicht.

Bislang wurden über die Hotspots nur knapp hundert Flüchtlinge auf andere EU-Länder verteilt – und damit lediglich ein sehr geringer Anteil des Plansolls der EU-Kommission, das für die kommenden zwei Jahre bei 160.000 liegt. Zudem bahnt sich in Moria eine humanitäre Katastrophe an. Schutz-

suchende müssen im Winter über eine Woche auf Einlass warten. Sie sind obdachlos und können auf keinerlei Hilfe zählen.

Seit Griechenland Italien als wichtigste Anlaufstelle für Flüchtlinge abgelöst hat, landen täglich bis zu 4.000 neue Menschen an der Küste. Im November registrierte das UN-Flüchtlingshochkommissariat Unhcr fast 87.000 Neuankömmlinge. Für die Fischer von Lesbos, die früher gemächlich ihre Netze eingeholt haben, ist es zum Alltag geworden, der Küstenwache bei der Rettung von Menschen in Seenot zu helfen.

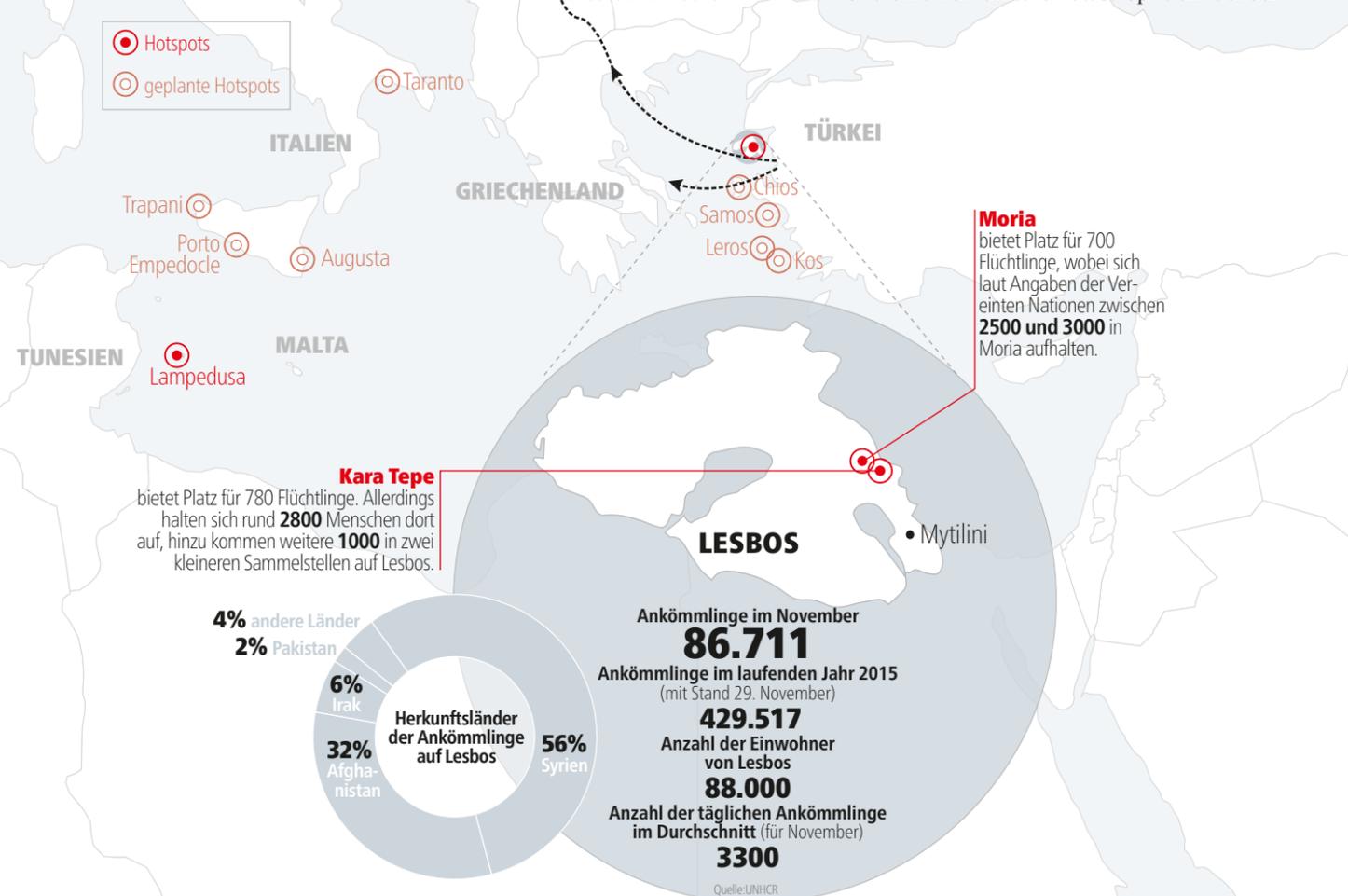
Lesbos ist schon lange aus seiner anfänglichen Schockstarre aufgewacht. Tag für Tag ziehen Freiwillige überfüllte Boote an Land, verteilen trockene Kleidung, nehmen die teils traumatisierten Menschen in Empfang und bringen sie mit Bussen oder privaten Jeeps in behelfsmäßige Transitlager, etwa auf Fußballfeldern. Eines der Camps steht gar auf dem Parkplatz eines Nachtclubs. Vor Ort nennt man die Struktur, die Freiwillige geschaffen haben, auch „Mini Europa“. Weil sie gelernt haben, schnell und unbürokratisch zu helfen.

Absurderweise endet die Hilfe aber ausgerechnet

dort, wo die EU seit Mitte Oktober offiziell agiert: Am Hotspot in Moria. Es hat zwar nicht lange gedauert, bis Europa auf den Plan getreten ist. Aber nun, wo sie da ist, geht alles sehr langsam. „Der politische Beschluss war schnell da. Aber die Beamtenebene ist träge und bürokratisch“, sagt ein EU-Diplomat nach der wöchentlich stattfindenden Telefonkonferenz zur Flüchtlingssituation auf der Westbalkanroute: „Wir haben jetzt Dezember und Griechenland hat erklärt, das Heer beim Aufbau der Hotspots einsetzen zu müssen. Was ist aus der versprochenen Unterstützung der Mitgliedsstaaten geworden?“

Mujtaba, der 23-jährige Afghane, der bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei lieber das Weite sucht, führt in die hinterste Ecke des Geländes: „Wir nennen es hier ‚Dschungel‘“, sagt er mit ruhiger Stimme und nahezu perfektem Englisch. In seiner Heimat wollte Mujtaba als Fotograf arbeiten und die Gräueltaten der Taliban dokumentieren. Wörter wie „Studium“ oder „Weiterbildung“ spricht er mit Bewunderung aus. Er liebt die Kamera, möchte selbst aber nicht fotografiert werden, aus Angst, die Islamisten könnten ihn bis nach Deutsch-

Absurderweise endet die Hilfe aber ausgerechnet dort, wo die EU seit Mitte Oktober offiziell agiert: Am Hotspot in Moria.



MARKETAGENT.COM
Digitale Markt- und Meinungsforschung

Schnell, verlässlich und ISO-zertifizierte Qualität

Werbemittelstudien | Marken-Kernwert-Analysen | Brand-Positioning | Marktsegmentierung | Zielgruppenanalysen | Potenzialschätzung | Ad- & Brand-Tracking | Usage & Attitude Studien | Motiv-Analysen | Logo- und Namenstests | Claim- und Slogantests | Pricing-Forschung | Online Conjoint-Measurement | Kunden- und Mitarbeiterbefragungen | Interception Surveys und OnSite-Befragungen | Online Fokusgruppen | Ideenscreening | Konzept- und Produkttests | Verpackungstests | Regaltests | Online Home-Use-Tests | Testimonial-Tests |





land verfolgen.

Vor einem heruntergekommenen Häuschen bleibt Mujtaba stehen. Der Gestank ist kaum zu ertragen. Fäkalien und Müll bedecken den Fußboden der Baracke, die als öffentliche Toilette genutzt wird. Weniger als 20 Dixi-Toiletten stehen hier Menschenmassen zur Verfügung, die an manchen Tagen die 5.000 Marke übersteigen. Die Duschen nebenan haben kein Dach und bieten Platz für maximal zehn Personen. In einer Kabine hat jemand eine Blutlache hinterlassen.

Rund um den Hotspot von Moria fehlt es an den elementarsten Dingen der Grundversorgung: Hygieneartikel und Waschräume, Essen, Decken und trockene Kleidung. Zwar hat das Unhcr 62 „Refugee Housing Units“, also temporäre Unterkünfte, und

einige Zelte zur Verfügung gestellt. Der Großteil der Wartenden aber bleibt obdachlos. In einem aktuellen Bericht warnt das Unhcr vor sexuellen Übergriffen und Gewalt. An den Wegen gibt es nur spärliche bis gar keine Beleuchtung, was vor allem für Frauen, die alleine unterwegs sind, gefährlich werden kann.

Mujtaba schläft mit seinem Bruder in einem Einmann-Zelt, das Freiwillige bei seiner Ankunft vor sechs Tagen verteilt haben. Seit knapp einer Woche müssen die Brüder in Moria warten. Sie dürfen sich frei bewegen, nicht nur auf dem Areal, sondern theoretisch auch bis in die sechs Kilometer entfernte Hauptstadt Mytilini, deren Hafen man nachts von den Hügeln aus glitzern und blinken sieht. Aber dorthin wagen sich die wenigsten. Sie haben Angst, den Moment zu verpassen, in dem ihnen Einlass in den Hotspot gewährt wird.

Die Experten der EU-Agenturen, die den griechischen Behörden vor Ort helfen sollen, treten rund um den Hotspot nicht in Erscheinung. Es gibt lediglich ein paar Unhcr-Mitarbeiter, an die sich die Flüchtlinge mit ihren Fragen wenden können.

Die zwei häufigsten lauten: „Wo bekommen wir Decken?“ und „Wann sind wir an der Reihe?“. Die Antworten lauten in der Regel: „Die Decken sind heute leider aus“ und „Keine Angst, noch niemand musste hier länger als eine Woche ausharren.“



„DSCHUNGEL“
Das Unhcr stellt 62 Unterkünfte und ein paar Zelte zur Verfügung. Der Großteil der Wartenden bleibt obdachlos.

Was ist ein vermeintlicher Hotspot wert, wenn es keine verpflichtende Verteilungsquote unter den Ländern gibt?

Aber auch eine Woche kann lang sein, wenn man keine Decke hat und die Temperaturen immer weiter sinken. Bereits Ende Oktober dokumentierte die deutsche NGO ProAsyl mehrere Fälle von unterkühlten Flüchtlingen, die ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Eine Aktivistin beschrieb verzweifelt, wie ihr aus den Schlangen vor dem Hotspot immer wieder geschwächte, durchnässte Babys entgegengehalten wurden. Walid, der als freiwilliger Helfer in Moria im Einsatz war, verbreitete über das soziale Netzwerk WhatsApp ein Video, das Flüchtlinge zeigt, die im Regen hastig Campingzelte aufspannen. Wenn es schüttet wie aus Eimern, verwandelt sich das Gelände in ein Schlammbad.

Dass die Bedingungen immer schwieriger werden, verstärkt die Ängste der Menschen und schürt Aggressionen. Das zeigen nicht nur Auseinandersetzungen mit der Polizei, die immer wieder aufflackern, sondern auch ein „Mini-Schwarzmarkt“, der sich unter den Schutzsuchenden gebildet hat. So versuchen Flüchtlinge, anderen Zettel mit kopierten Einlassnummern um 100 Euro pro Stück anzudrehen – und ihnen vorzugaukeln, dass sie damit schneller in den Hotspot gelangen.

Zwei Fragen wirft dieser Ort auf: Warum ist ein



Die Autorin und der Fotograf sind Teil des Kollektivs „Lost: the story of refugees“, die in den letzten Monaten europäische Flüchtlingsgeschichten recherchiert und in einem Foto-Reportageband gesammelt haben. Das Buch erscheint am 17. Dezember und kann hier vorbestellt werden: www.refugeeslost.com

EU-Hotspot wie Moria trotz angekündigter Unterstützung der Mitgliedsstaaten nicht in der Lage, eine humanitäre Katastrophe vor den eigenen Zäunen zu verhindern? Und was ist ein vermeintlicher Hotspot wert, wenn es keine verpflichtende Verteilungsquote unter den Ländern gibt? Vor allem die Ostländer wehren sich mit allen Mitteln dagegen, Flüchtlinge aufnehmen zu müssen. Die Slowakei und Ungarn haben dagegen sogar Klage beim Europäischen Gerichtshof eingereicht.

Tatsächlich hat sich dort eine Zwei-Klassen-Behandlung entwickelt: Syrische Familien werden in einem externen Lager namens „Kara Tepe“ innerhalb von 24 Stunden registriert. Afghanen, Iraker und Pakistaner hingegen müssen bis zu sieben Tage in Moria warten.

Es ist bereits 02:00 Uhr als Mujtaba ein letztes Mal in sein Zelt kriecht. Er hält einen kleinen Zettel mit der Nummer 2480 hoch, den er wie einen Schatz hütet. „Wenn die Zahl auf einer der Tafeln vor den Eingängen angepinnt ist, dürfen wir hinein“, sagt er.

Tags darauf wird es angeblich soweit sein. Dann kommen er und sein Bruder endlich ins Gefängnis, und damit in die Freiheit Europas. ■



10 Ausgaben* um
> Sie sparen* € 24,- gegenüber dem Einzelkauf **€ 10,-**
> Ihre Aktionsnummer! **1326005**

*Wenn ich mich nicht 3 Hefte vor Ende meines Abonnements schriftlich melde, möchte ich profil zu den jeweils gültigen Bedingungen für Jahresabonnenten weiterbeziehen. Ersparnis bezieht sich auf den Einzelkauf. Angebot ist nicht auf bestehende Abos anrechenbar. Ich bin damit einverstanden, dass die Verlagsgruppe News GmbH meine angegebenen Daten für die Übermittlung von Informationen über ihre Produkte und Abo-Angebote nutzt. Ich nehme zur Kenntnis, dass diese Einverständniserklärung jederzeit unter abo@news.at widerrufen werden kann. Angebot gültig bis 31.12.2015. Druckfehler, Irrtümer & Preisänderungen vorbehalten. **Sollte die Zustellung an Ihre Adresse nicht möglich sein, erhalten Sie 1 profil am Montag per Post. Druckfehler, Irrtümer & Preisänderungen vorbehalten.